

**Die Teuerung und die Staatsbeamten.**

In der letzten Sitzung der Leitung des Zentralverbandes der österreichischen Staatsbeamtenvereine wurde mit Rücksicht auf die fortschreitende Teuerung, von der insbesondere die auf feste Bezüge angewiesenen Angestellten hart betroffen werden, beschlossen, der Regierung eine eingehende Denkschrift mit der Bitte um Gewährung einer wirtschaftlichen Hilfe für die Staatsbeamten zu überreichen. In dieser Denkschrift wird darauf verwiesen, daß die Staatsbeamten sich dessen wohl bewußt sind, daß der Krieg von allen Staatsbürgern Opfer fordere. Die Staatsbeamten haben diese Opfer erbracht durch erhöhte Dienstleistungen, freiwilligen Gehaltsrücklaß für Kriegsfürsorgezwecke, Förderung aller patriotischen Unternehmungen und Rückstellen aller ihrer Sonderwünsche durch neun Monate. An der Hand des Berichtes des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Kleinhandelspreise im März 1914 und 1915 wird der Beweis erbracht, daß der Staatsbeamte, insbesondere in den vier unteren Rangklassen, nur durch Untervernährung und Verzicht auf alle kulturellen Bedürfnisse noch seine Existenz zu fristen vermag. Aus diesem Grunde wird von der Regierung eine wirksame materielle Hilfe erbeten.